

Pressemitteilung

Nr. 270/2025

Kiel, 03.12.2025

Stellv. Pressesprecherin Merle Bornemann, Tel. 0173-2587774

Kürzungen bei Eltern-Kind-Kuren treffen die Falschen

Die gesetzlichen Krankenkassen suchen nach Einsparpotentialen und bringen dabei auch Kürzungen bei Eltern-Kind-Kuren ins Spiel. Die SSW-Landtagsfraktion fordert mit einem Antrag (Drucksache 20/3867): Finger weg von dieser wichtigen Familienleistung!

Zwei Jobs, Kindererziehung, der stressige Alltag mit nicht planbaren Herausforderungen – und on top vielleicht auch noch zu pflegende Angehörige oder eigene Erkrankungen: Familien leben häufig am Limit der Belastbarkeit. Mutter- oder Vater-Kind-Kuren bieten die Möglichkeit, eine Auszeit zu nehmen, um die eigene Gesundheit in den Fokus zu setzen und neue Energie zu sammeln. Verschiedenen Medienberichten zufolge könnten diese Reha-Maßnahmen den Kürzungen der gesetzlichen Krankenkassen zum Opfer fallen. So sieht der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Andreas Gassen, offenbar „erhebliche Einsparpotentiale bei Leistungskürzungen im Bereich der stationären medizinischen Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter und Väter“, hieß es u.a. in der *Ärztezeitung*. Viele Einrichtungen schlagen bereits Alarm, wie zum Beispiel die Mutter/Vater-Kind-Klinik Norderheide im nordfriesischen Bordelum (Artikel im *sh:z* vom 24.11.2025).

„Solche Vorschläge lehnen wir entschieden ab und möchten dringend warnen: Finger weg von dieser wichtigen Familienleistung!“, erklärt Christian Dirschauer, Fraktionsvorsitzender des SSW im Landtag sowie sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher. „Viele Eltern funktionieren einfach nur, weil sie für ihre Kinder da sein wollen. Aber dabei kommen sie oft selbst zu kurz. Für viele Mütter und Väter ist so eine Kur der

letzte Strohalm, an den sie sich klammern können. Den dürfen wir ihnen auf keinen Fall wegnehmen. Schon die Debatte darüber schadet ungemein und ist ein Zeichen mangelnder Wertschätzung dessen, was Millionen Mamas und Papas in diesem Land jeden Tag leisten.“

In einem Antrag fordert er die Landesregierung deshalb auf, sich auf Bundesebene gegen die Kürzungsvorschläge einzusetzen. „Die Kuren sind Pflichtleistungen der Krankenkasse. Es besteht ein gesetzlicher Anspruch auf die aus medizinischen Gründen erforderliche Vorsorge- bzw. Rehabilitationsleistung. Es geht um Erholung, aber auch Vorbeugung und Behandlung von gesundheitlichen Problemen. Die Nachfrage ist riesig, die Wartezeit beträgt oft Jahre. Da sollten wir uns doch einig sein: Daran kann man nicht sägen!“, mahnt Dirschauer. „Auch aus finanzieller Sicht mache eine vermeintliche Einsparung hier absolut keinen Sinn. Erstens, weil jeder in Prävention investierte Euro sich um ein Vielfaches auszahlt. Und zweitens, weil der Kostenanteil für Eltern-Kind-Kuren 2024 laut Müttergenesungswerk bei lediglich 0,18 Prozent an den Gesamtausgaben der Krankenkassen lag. Hier den Rotstift anzusetzen wäre übelste Symbolpolitik auf dem Rücken von Familien. Das trifft die Falschen!“

Schleswig-Holstein sollte sich laut Dirschauer auch deshalb in die Debatte einmischen, weil Eltern-Kind-Kuren für unser Bundesland ein nicht unerheblicher Wirtschafts- und Standortfaktor sind. „Von Sylt bis Timmendorf gibt es eine Vielzahl solcher Kurkliniken, die für Jobs und Einkommen sorgen. Unsere Lage zwischen den Meeren ist ein attraktiver Ort für solche Auszeiten. Auch deshalb sollten wir uns dafür stark machen, dass dieses System erhalten bleibt.“

Hier geht es zum Antrag:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/03800/drucksache-20-03867.pdf>